

DER BUNDESMINISTER
FÜR UNTERRICHT
Zl. 50.214 - Parl./68

Wien, den 25. Oktober 1968

883/A.B.

zu 900 /J.

Präs. am 29. Okt. 1968

An die
Kanzlei des Präsidenten
des Nationalrates

Parlament
1010 Wien

Die schriftliche parlamentarische Anfrage,
Nr. 900/J-NR/68, die die Abgeordneten Peter und
Genossen am 18. September 1968 an mich richteten,
beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Der Hinweis des Verbandes der Professoren
Österreichs "Durch den Mangel einer Mitsprache der
Praktiker treten offensichtlich Fehlleistungen auf, weil
nur der Lehrer beurteilen kann, was sich in der Schulstube
verwirklichen lässt" ist in dieser absoluten Formulierung
nicht richtig. Was sich in der Schulstube verwirklichen
lässt, ist sicher nicht ohne vornehmliche Beratung mit
den "Praktikern der Schulstube" zu beurteilen, ist jedoch
der Beurteilung auch anderer mit dem gesamten Schulwesen
aus Erfahrung und Beruf vertrauten Personen zugänglich,
so.z. B. unter anderem informierten Vertretern der Elternschaft.

Dem Verband der Professoren Österreichs muss es
zudem genauestens bekannt sein, dass zur Vorbereitung der
neuen Lehrpläne für die allgemeinbildenden höheren Schulen
alle Lehrkörper der allgemeinbildenden höheren Schulen im
Wege eigener Konferenzen zur Mitarbeit und Stellungnahme
aufgefordert waren und dass sodann auf Grund dieser Stellung-

nahmen Arbeitsgruppen für jeden einzelnen Unterrichtsgegenstand die Lehrplanentwürfe ausarbeiteten. Jede dieser Arbeitsgruppen bestand aus 6 bis 16 Mitarbeitern aus dem Kreise der aktiven Lehrer an allgemeinbildenden höheren Schulen, Direktoren und Schulaufsichtsorganen. Sie standen unter dem Vorsitz eines aus der pädagogischen Praxis kommenden Ministerialbeamten. Die von diesen Arbeitsgruppen erarbeiteten Entwürfe gingen im Begutachtungsverfahren allen im Gesetz vorgesehenen Körperschaften, also auch Lehrerverbänden, darüber hinaus aber auch den Lehrkörpern jeder einzelnen allgemeinbildenden höheren Schule zur Stellungnahme zu. Erst auf Grund dieser Stellungnahmen, also nach eingehender Befassung durch die sich hiefür interessierenden Praktiker der Schulstube erfolgte die Endredaktion. Es wurde also bei diesem zentralen Anliegen des Schulgeschehens ein weitaus grösserer Kreis gebeten und in die Lage versetzt, mitzuberaten und Stellung zu nehmen, als dies in einem vom Verband der Professoren intendierten "Pädagogischen Rat" möglich gewesen wäre.

Das Bundesministerium für Unterricht hat im Frühsommer d. J. die Vertreter der Professorenschaft an höheren Schulen zu einer Aussprache über pädagogische Fragen eingeladen. Die Beratungen waren nach meiner Überzeugung für alle Teilnehmer instruktiv und fruchtbar. Ich habe zugesagt, zu solchen Tagungen in gleichen Abständen (nötigenfalls auch in kürzeren) wie bei den Tagungen des Elternbeirates einzuladen.

